

Jeder Mensch hat Anspruch auf politische Betätigung — auch Migranten!



Migranten, die sich politisch betätigen oder die keine Integrationskurse besuchen, kann das Einkommen gekürzt werden. Sie sollen gegebenenfalls sogar zu Geldstrafen verdonnert werden. Für politisch

aktive Migranten, die sich dem System gegenüber kritisch äußern, bietet der unbefristete Aufenthaltsstatus oder die deutsche Staatsbürgerschaft keinen Schutz. Durch die Androhung von einem ungesicherten Bleiberechtsstatus und der Ausbürgerung sollen politisch aktive Migranten dazu gebracht werden, sich nicht mehr politisch zu betätigen.

Gleiche soziale und politische Rechte für alle!

Deutsche und Migranten müssen den Kampf gegen die rassistischen und diskriminierenden

Ausländergesetze gemeinsam führen. Solange wir schweigen oder unseren Unmut nicht zeigen, werden wir alle mit



immer schwerwiegenden Gesetzen konfrontiert werden. Nur gemeinsam können wir das neue Zuwanderungsgesetz zum Kippen bringen. Zeigen wir allen, dass die unterdrückten und entrechteten Migranten nicht alleine sind.

Wir müssen gemeinsam handeln, gegen das rassistische und diskriminierende Zuwanderungsgesetz und für unsere sozialen und politischen Rechte.

**FÖDERATION DER ARBEITSIMMIGRANTINNEN
AUS DER TÜRKEI IN DEUTSCHLAND**
Fritz-Elsas-Str. 60, 70174 Stuttgart
Tel-Fax: 0711-2270205 e-mail: agif@gmx.de

Mitgliedsvereine von AGIF

Berlin: Internationaler Freundschafts- und Solidaritätsverein e.V.
Silber-Steinstr. 96, 12051 Berlin, Tel.: 030-628 37 52
Fax: 030- 629 86 60, e-mail: verintberlin@gmx.de

Frankfurt: Internationaler Freundschafts- und Solidaritätsverein e.V.
Falkstr. 72, 60487 Frankfurt, Tel.: 069- 792 01 773,
Fax.: 069- 789 60 399, e-mail: ffm_uddd@hotmail.de

Duisburg: Arbeiter-Jugend-Kulturverein e.V.
Weisenburgerstr. 8, 47137 Duisburg
Tel/Fax.: 0203- 4499765, e-mail: agif_duisburg@hotmail.de

Hamburg: Internationales Forum e.V.
Steindamm 43, 20099 Hamburg, Tel.: 040-28 80 37 64

Nürnberg: Yenigün Kulturzentrum e.V.
Alexanderstr.23, 90459 Nürnberg, Tel.: 0911- 454630
Fax.: 0911- 43 19 725, e-mail: yenigun@t-online.de

Dortmund: Verein für Kulturarbeit e.V.
Kesselstr.62, 44147 Dortmund
Tel/Fax.: 0231 - 92 69 47 20, e-mail: yakev@web.de

Köln: Multikultureller Verein e.V.
Hollwegstr 22-26 Kalk/Köln, Tel: 0221 99 85 574
e-mail: Koeln-GIK-DER@web.de

Ulm: Arbeiterjugend-Kulturverein e.V.
Bleichstr. 9. 89077 Ulm, Tel/Fax.: 0731- 159 18 60
e-mail: AJKUlm@gmx.de

Düsseldorf: Arbeiterjugend-Kulturverein e.V.
Eisenstr.99, 40227 Düsseldorf

Das rassistische und diskriminierende Zuwanderungsgesetz muss abgeschafft werden !



- Gleiche soziale und politische Rechte für alle!
- Familienzusammenführung ist ein Grundrecht, es darf nicht in Frage gestellt werden !
- Aufhebung aller undemokratischen Hindernisse bei der Einbürgerung!

Das Zuwanderungsgesetz muss abgeschafft werden !

Neoliberale Politik in Europa verschlechtert zunehmend unsere Lebensqualität. Unsere durch langwierige Kämpfe errungenen sozialen Rechte werden durch das Europa des Kapitals in Frage gestellt. Wir werden mit Massenentlassungen, immer neuen undemokratischen Gesetzen und Verordnungen für Migranten und der zunehmenden Entrechtung der Arbeiterschaft konfrontiert. Die Schwachen werden durch die neoliberale Politik in Europa benachteiligt.

Seit über 50 Jahren kommen Arbeitsmigranten nach Deutschland. Sie kommen aus politischen und ökonomischen Gründen aus allen Teilen der Welt, um hier ein besseres Leben zu führen. Aber auch hier werden sie durch das rassistische und diskriminierende Ausländergesetz in sozialer und politischer Hinsicht benachteiligt.

Im Juni wurde im Bundestag das neue rassistische und diskriminierende Zuwanderungsgesetz verabschiedet. Während 398 Parlamentarier mit Ja stimmten, lehnten 170 Parlamentarier das Gesetz ab, es gab 5 Enthaltungen. Am 6 Juli wurde dieses rassistische und diskriminierende Gesetz auch im Bun-

desrat angenommen. Damit werden unsere sozialen Rechte noch stärker angegriffen. Obwohl ein Großteil der Migranten-Stimmen an die SPD geht, hat sie die Migranten wieder einmal im Parlament verraten. Migranten, die jahrzehntelang in den schlechtesten Jobs, die kein anderer machen wollte, arbeiten mussten, werden für die schlechte Politik der Regierung zur Rechenschaft gezogen. Dabei dürfen sie nicht einmal wählen oder gewählt werden. Das neue Zuwanderungsgesetz heißt offiziell "Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern" und beinhaltet weitreichende Einschränkungen im Staatsbürgerschaftsrecht, bei der Familienzusammenführung, im Asylrecht und bei den sozialen Rechten.



Was bringt uns dieses Gesetz?

Wie wird es sich auf unser Leben auswirken?

Aufhebung aller undemokratischen Hindernisse bei der Einbürgerung!

Nach dem neuen Zuwanderungsgesetz können Migranten zwischen dem 16. und dem 23. Lebensjahr nicht mehr deutsche Staatsbürger werden, wenn sie kein ausreichendes Einkommen nachweisen können. Arbeitslosigkeit ist besonders unter jungen Migranten sehr hoch, dieses Gesetz bedeutet für sie praktisch, dass eine Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft nicht mehr möglich ist. Auch wenn sie die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen hätten, würden sie gegebenenfalls wie deutsche Staatsbürger mit türkischer, kurdischer oder arabischer Herkunft behandelt werden. Bei irgendeinem Problem können sie ausge-

bürgert oder sogar abgeschoben werden. Die rechtlichen Unterschiede zwischen denjenigen, die als Deutsche auf die Welt kommen, und denjenigen, die später die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben, werden mit diesem Gesetz zementiert.



Familienzusammenführung ist ein Grundrecht, es darf nicht in Frage gestellt werden!

Mit dem neuen Gesetz werden die Heirat und die Familienzusammenführung praktisch unmöglich gemacht. Früher mussten deutsche Staatsbürger oder politische Flüchtlinge beim Familienzuzug keinen Arbeitsplatz oder keine geeignete Wohnung nachweisen. Dies ist jetzt anders geworden. Wenn sie keine geeignete Wohnung, kein geregeltes Einkommen in einer bestimmten Höhe nachweisen, können sie ihre Familie nicht hierher holen. Selbst wenn genügend Wohnraum und Einkommen vorhanden ist, sind die Bedingungen für den Familienzuzug nicht erfüllt. Denn ab sofort muss der zuziehende Ehepartner ausreichende Deutschkenntnisse vorweisen. Was ausreichend ist oder nicht obliegt der Willkür der Behörden. Wir dürfen nicht vergessen, dass dieses Gesetz nur für Migranten aus ärmeren Ländern gilt. Wenn sie aus Ländern wie den USA, Kanada, Neuseeland oder Japan kommen, gibt es keine Probleme bei der Familienzusammenführung.

